

# **Der Grundlagenirrtum nach Art. 24 OR: Rechtsprechung des Bundesgerichts**

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte,  
vorgelegt der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Freiburg in der Schweiz

von

**GILBERT KOLLY**  
Tentlingen FR

Genehmigt von der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen  
Fakultät am 19. Januar 1978 auf Antrag von  
Prof. Dr. P. Gauch (erster Referent)  
und von Prof. Dr. B. Schnyder (zweiter Referent)



Juris Druck + Verlag Zürich  
1978

INHALTSVERZEICHNIS

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Einleitung	1
Erstes Kapitel: Vom Grundlagenirrtum im allgemeinen	2
I. Umschreibung des Tatbestands durch Art. 24 I Ziff. 4 OR	2
1. Wortlaut des Artikels	2
2. Herkunft des Artikels	3
II. Die Rechtsfolgen des Grundlagenirrtums	5
III. Die systematische Stellung im Privatrecht	9
Zweites Kapitel: Der Tatbestand des Grundlagenirrtums	11
I. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale im Ueberblick	11
II. Das Merkmal des "Irrtums"	12
1. Rechtsprechung des Bundesgerichts	12
A. Der Irrtum als falsche oder fehlende Vorstellung	12
B. Der Irrende: eine Vertragspartei	13
C. Irrtum im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses	14
D. Unkenntnis der Nichtübereinstimmung von Wirklichkeit und Vorstellung beim Irrenden	14
E. Der Gegenstand des Irrtums: ein "bestimmter Sachverhalt"	16
2. Würdigung der Rechtsprechung	17
A. Zur "fehlenden Vorstellung"	17
B. Zum Irrtum über zukünftige Sachverhalte	19
C. Zur Unterscheidung zwischen dem tatsächlichen und dem vorgestellten Sachverhalt	20
3. Zusammenfassung	21
III. Das Merkmal des "bestimmten Sachverhalts"	22

1. Rechtsprechung des Bundesgerichts	22
A. Von der Auslegung des Substantivs "Sachverhalt"	22
B. Von der Auslegung des Adjektivs "bestimmt"	23
C. Vom "bestimmten Sachverhalt"	24
2. Würdigung der Rechtsprechung	25
A. Zur Auslegung des Substantivs "Sachverhalt"	25
B. Zur Auslegung des Adjektivs "bestimmt"	26
C. Zum "bestimmten Sachverhalt"	27
3. Zusammenfassung	28
IV. Das Merkmal der subjektiven Wesentlichkeit: Der vorgestellte Sachverhalt wird vom Irrenden als not- wendige Grundlage des Vertrags betrachtet	30
1. Rechtsprechung des Bundesgerichts	30
A. Erfordernis des Merkmals	31
B. Feststellung des Merkmals	32
C. Einzelfallentscheide	33
a. Merkmal erfüllt	33
b. Merkmal nicht erfüllt	35
2. Würdigung der Rechtsprechung	38
A. Allgemeines	38
B. Zum Begriff der "notwendigen Grundlage"	39
C. Zum Begriff des "Vertrags"	40
3. Zusammenfassung	41
V. Das Merkmal der objektiven Wesentlichkeit: Nach allgemeiner Verkehrsanschauung darf der Irrende den vorgestellten Sachverhalt als notwendige Grundlage des Ver- trags betrachten	42
1. Das Merkmal im allgemeinen	43
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	43
B. Würdigung der Rechtsprechung	46
2. Das Merkmal bei vergangenen und bei gegenwärtigen Sachverhalten	48
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	48
a. Die publizierten Entscheide: Uebersicht	49
b. Abweichende Entscheide	52

c. Das Merkmal insbesondere beim Aktienkauf	53
B. Würdigung der Rechtsprechung	54
3. Das Merkmal bei zukünftigen Sachverhalten	55
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	55
a. Zukünftige Sachverhalte im allgemeinen	56
aa. Objektive Wesentlichkeit unter einer bestimmten Voraussetzung	56
bb. Die publizierten Entscheide: Uebersicht	57
cc. Abweichende Entscheide	59
b. Rechtsfolgen insbesondere: Objektive Wesentlichkeit ausgeschlossen	59
B. Würdigung der Rechtsprechung	62
a. Würdigung der Lehre	62
b. Besserstellung des fahrlässig Irrenden als Ergebnis der Rechtsprechung	63
c. Gründe gegen die objektive Wesentlichkeit zukünftiger Sachverhalte	65
d. Zum Entscheid 95 II 407 ff.	66
4. Zusammenfassung	68
VI. Das Merkmal der Erkennbarkeit:	
Der Gegenpartei ist es erkennbar, dass der Irrende den vorgestellten Sachverhalt als notwendige Grundlage des Vertrags betrachtet	70
1. Rechtsprechung des Bundesgericht	70
A. Inhalt und Herkunft des Merkmals	71
B. Kein Grundlagenirrtum ohne "Erkennbarkeit"	71
C. Erfordernis der "Erkennbarkeit" auch beim error in substantia	73
D. Das Merkmal in den frühesten Entscheiden	74
2. Würdigung der Rechtsprechung	75
A. Würdigung in der Lehre	76
B. Gründe für die bundesgerichtliche Auffassung	78
3. Zusammenfassung	80
Drittes Kapitel: Einzelfragen zum Grundlagenirrtum	81
I. Grundlagenirrtum und Voraussetzungslehre Windscheids	81

1. Die Voraussetzungslehre Windscheids	81
2. Ablehnung der Lehre durch das Bundesgericht	82
3. Kein Einfluss der Lehre auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung	83
II. Grundlagenirrtum und andere Tatbestände	85
1. Abgrenzung vom reinen Motivirrtum (Art. 24 II OR)	85
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	85
B. Würdigung der Rechtsprechung	86
2. Abgrenzung vom Erklärungsirrtum (Art. 24 I Ziff. 1-3 OR)	87
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	88
B. Würdigung der Rechtsprechung	89
3. Abgrenzung vom blossen Rechnungsfehler (Art. 24 III OR)	90
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	90
B. Würdigung der Rechtsprechung	92
4. Abgrenzung von der Täuschung (Art. 28 OR)	93
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	93
B. Würdigung der Rechtsprechung	94
5. Abgrenzung von der Clausula rebus sic stantibus	94
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	95
B. Würdigung der Rechtsprechung	97
III. Konkurrenzfragen	99
1. Einleitung	99
2. Grundlagenirrtum und Täuschung (Art. 28 OR)	100
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts: Alternative Ge- setzeskonkurrenz	100
B. Würdigung der Rechtsprechung	101
3. Grundlagenirrtum und Sachgewährleistung beim Kauf (Art. 197 ff. OR)	102
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts	102
a. Viehkauf und übrige Kaufverträge	103
b. Die Sachgewährleistungsregeln im allgemeinen	103
c. Die Sachgewährleistungsregeln beim Viehkauf	104
d. Konkurrenz zwischen den Irrtums- und den Ge- währleistungsbestimmungen	105

e. Grundsatz: Alternative Gesetzeskonkurrenz	106
f. Ausnahme für den Viehkauf: Ausschliessliche Anwendbarkeit der Gewährleistungsregeln	107
B. Würdigung der Rechtsprechung	108
a. Würdigung in der Lehre	109
b. Widerlegung der bundesgerichtlichen Argumentation	111
c. Mangelnde Folgerichtigkeit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	119
d. Gründe für die ausschliessliche Anwendbarkeit der Gewährleistungsregeln	121
4. Grundlagenirrtum und Rücktritt vom Werkvertrag gemäss Art. 375 I OR	124
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts: Alternative Gesetzeskonkurrenz	124
B. Würdigung der Rechtsprechung	125
5. Grundlagenirrtum und Hinfall des Bürgschaftsvertrags gemäss Art. 497 III OR	126
A. Rechtsprechung des Bundesgerichts: Keine Gesetzeskonkurrenz	126
B. Würdigung der Rechtsprechung	126
Ergebnis	128
Anhang: Bundesgerichtsentscheide zum Grundlagenirrtum	130

---